

spielen hier den vermeintlichen Feuerlöscher. Doch Ihr Feuerlöscher ist nicht mit Wasser gefüllt, sondern mit Benzin. – Meine Damen und Herren, das dürfen wir uns in diesem Hause nicht bieten lassen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Sven Werner Tritschler [AfD]: Haben Sie da lange dran gearbeitet?)

Ich denke, wir sollten mitnehmen, dass es eine immerwährende Aufgabe bleibt, Antisemitismus und jegliche Form von Extremismus, von Hass und von Gewalt zu bekämpfen.

Sie weichen ja vom eigenen gesetzten Thema ab. Sie werfen alles durcheinander. Sie kommen hier mit dem Thema „Clankriminalität“ – das hat damit überhaupt nichts zu tun –, um Ihre allgemeine politische Agenda zu verbreiten. Wir bekämpfen Clankriminalität genauso, wie wir Antisemitismus bekämpfen, nämlich konsequent und mit null Toleranz. Das haben wir vor Ihnen schon getan, das tun wir heute, und das werden wir auch nach Ihnen noch tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Golland. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Reul.

Herbert Reul, Minister des Innern: Ich möchte nur eine Sache richtigstellen und auch einen Hinweis geben.

Diese Landesregierung hat kein Problem im Bereich von Kriminalität in der Gesellschaft jemals geleugnet, sondern wir haben immer alle Probleme benannt – aber eben alle und nicht nur einseitig.

Es gibt zwischen uns und Ihnen von der AfD einen Unterschied, wie wir damit umgehen. Sie versuchen, alles monokausal zu erklären. Ich mache es mal so allgemein. Das ist der Grundfehler.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Sie glauben, an allem wäre nur eine Geschichte schuld.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Hat keiner gesagt!)

Herr Professor Dr. Zerbin hat einen Schlusssatz gesagt, den ich entlarvend fand. Die ganze Antisemitismusdebatte endete mit dem Satz: Das Problem ist der fundamentalistische Islam – Punkt.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ja!)

Da sage ich Ihnen: Das ist der Versuch, das alles in Richtung „Flüchtlinge, Migration“ zu schieben. Diese antisemitischen Sprüche gibt es da, ja. Aber es gibt

sie auch bei Herrn Höcke, und wenn ich mich recht erinnere, ist er kein Flüchtling.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu:

2 Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6850

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster spricht für die SPD ihr Abgeordneter Herr Klute.

Thorsten Klute (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast täglich führen wir von der SPD-Landtagsfraktion Gespräche mit Pflegediensten aus Nordrhein-Westfalen. Sie melden sich bei uns und schildern zum Beispiel, dass sie sehr lange warten müssen, zum Teil monatelang, bis sie von der Pflegekasse, von den Krankenkassen für das bezahlt werden, was sie an Leistungen erbringen. Sie schildern uns, in welche Liquiditätsschwierigkeiten sie das bringt.

Sie schildern uns, dass sie bei Pflegesatzverhandlungen nicht ansatzweise das, was an Kostensteigerungen in den letzten Monaten auf sie zugekommen ist, ersetzt bekommen. Sie schildern uns, dass in Nordrhein-Westfalen die Investitionskostenförderung für ambulante Dienste seit dem Jahr 1996 unverändert geblieben ist.

Sie schildern uns, dass die Investitionsförderung der Pflegeschulen für die meisten Pflegeschulen nicht ansatzweise ausreicht und nicht einmal ein Drittel, nicht einmal die Hälfte der jährlichen Investitionskosten abdeckt. Sie schildern uns, dass sie nicht mehr weiter wissen. Das drückt sich auch an ganz konkreten Zahlen in Nordrhein-Westfalen aus.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres – von Januar bis September – ist die Anzahl der Insolvenzen in der Pflege in Nordrhein-Westfalen mehr als vier Mal so hoch gewesen wie im gesamten Vorjahr 2022. 103 Insolvenzen von Pflegebetrieben allein im laufenden Jahr, und das geht tagtäglich weiter! Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Am Ende dieses Jahres wird diese Zahl noch deutlich höher sein.

Das drückt sich in den vielen Betrieben aus, die, ohne Insolvenz anzumelden, aufgeben, die ambu-

lante Pflegedienste schließen, die Tagespflegen schließen. Das drückt sich darin aus, dass Menschen, die einen Pflegedienst brauchen, inzwischen öffentlich schildern, wie sie 10, 12 oder 14 Dienste anrufen, aber nur noch Absagen erhalten. Das macht sich in den Familien bemerkbar.

In der Pflege brennt es lichterloh. Im Moment kommt es mir so vor, Herr Minister Laumann, als kommen Sie noch nicht einmal mit einem Wassereimer, um zu löschen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Oh!)

Ich verstehe das nicht mehr. Woher kommt eigentlich dieser Laissez-faire-Stil in dieser Sache bei Ihnen? Es kann doch nicht sein, dass Sie das nicht wahrnehmen. Ich verstehe es nicht mehr. Erklären Sie mir bitte, warum Sie dem tatenlos zuschauen. Sie sind doch auch Arbeitsminister. Wenn Vater und Mutter im Falle der Pflegebedürftigkeit nicht mehr betreut und nicht mehr gut versorgt sind, dann müssen die Familien immer stärker einspringen. Dann werden noch mehr Fachkräfte fehlen, als es bisher der Fall ist. Das müssen Sie als Arbeitsminister doch auch sehen. Da müssen Sie doch reagieren.

(Beifall von der SPD)

Wir haben Sie in den Sommerferien deshalb zwei Mal aufgefordert, einen Pflegegipfel durchzuführen, alle Beteiligten in Nordrhein-Westfalen an einen Tisch zu holen und zu fragen: Wo drückt der Schuh? Wo können wir etwas tun? – Sie haben das zwei Mal abgelehnt. Dann haben wir entschieden: Wir machen das für Sie. Wir laden jetzt alle Beteiligten ein und schauen, wo Nordrhein-Westfalen etwas tun kann. Denn wir haben bei der Pflege ja eine geteilte Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern. Wo können wir bei der Hälfte der Zuständigkeiten, die in den Ländern liegt, in Nordrhein-Westfalen etwas tun?

Das Ergebnis liegt vor, und zwar in dem Antrag, den wir heute und in den nächsten Wochen und Monaten in diesem Parlament und im Ausschuss beraten werden. Ich möchte ein paar Punkte herausgreifen.

Ich habe eben geschildert, dass Träger zum Teil lange warten müssen, bis sie für ihre Leistungen bezahlt werden, und in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten kommen. Ich finde, Herr Minister Laumann, dass es in dieser Zeit Ihre Pflicht ist, Trägervertreter, Organisationen, die Pflegekasse und die Krankenkassen an einen Tisch zu holen und zu schauen, wie wir es regeln können, dass die schneller ihr Geld bekommen. Wir brauchen jeden Pflegedienst, und jeder Pflegedienst weniger ist ein Problem für die pflegenden Angehörigen.

(Beifall von der SPD)

Holen Sie sie an einen Tisch.

Ich hatte eben die Situation bei der Investitionskostenförderung – zum Beispiel bei den Tagespflegen – geschildert, dass wir eine starre Auslastungsquote von 80 % haben, die nicht mehr aktuell und nicht mehr hilfreich ist. Wir können nicht zusehen, wie Tagespflegen in diesen Monaten den Laden schließen. Wir erneuern deshalb noch einmal die Forderung, die durchschnittliche Auslastungsquote von 80 % auf 70 % herabzusetzen. Das ist eine Landesangelegenheit. Kein Bundesminister kann da reinreden. Es ist Ihre Zuständigkeit.

Die Pflegeschulen besser zu fördern, als es bisher der Fall ist, ist eine ausschließliche Landeszuständigkeit. Kein anderer macht das. Es reicht nicht, einmal – wenn Geld übrig ist – etwas nachzuschießen. Die Investitionskostenförderung muss auf verlässliche Beine gestellt werden. Deswegen beantragen wir eine Anhebung von 7 Millionen Euro auf 17 Millionen Euro im Jahr.

Es ist notwendig, ein Konzept zur Verbesserung der Situation bei den Eigenanteilen für Pflegebedürftige sowie pflegende Angehörige aufzustellen. Für einen vollstationären Pflegeplatz in Nordrhein-Westfalen liegen wir zurzeit bei einem durchschnittlichen Eigenanteil von 2.800 Euro. Wer kann sich das eigentlich noch leisten?

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Dafür gibt es die Pflegeversicherung!)

– Da ruft der Herr Minister dazwischen, dass wir über die Pflegeversicherung reden müssen. Ja, das ist in der Tat ein guter Ansatz. Sie haben ja selbst neulich einmal den SPD-Ansatz reingeworfen, dass es notwendig ist, über eine Pflegevollversicherung zu reden. Das ist ein SPD-Ansatz. Es ist gut, wenn Sie dem jetzt auch folgen. Es bleibt aber die Frage, warum Sie das in Ihrer CDU seit Jahren nicht durchsetzen und warum sich da nichts bewegt.

(Beifall von der SPD)

Tun Sie das. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. Wir helfen Ihnen in Ihrer CDU gerne dabei. Es muss dann auch kommen. Es wird noch lange dauern, bis wir eine Pflegevollversicherung haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gesundheitsminister ist schon Karl Lauterbach!)

Das ist gut, aber bis dahin müssen wir in den Ländern eine ganze Menge von unseren eigenen Hausaufgaben machen. Sie tun das im Moment nicht.

Herr Mostofizadeh, der gerade mit Zwischenrufen nicht geizt, ich will noch einmal daran erinnern: Seit 18,5 Jahren wird das nordrhein-westfälische Pflegeministerium von Mitgliedern der CDU und der Grünen in unterschiedlichsten Konstellationen geführt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist auch gut so!)

Die beiden, die heute die Koalition bilden, sind seit 18,5 Jahren für die Pflege in Nordrhein-Westfalen zuständig. In den ersten Jahren hat sich noch eine ganze Menge getan, aber in den letzten Jahre tut sich nicht mehr viel. Das verstehe ich wirklich nicht mehr.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie müssen nicht alles, was in unserem Antrag steht, umsetzen. Zustimmung werden Sie sowieso nicht. Sie werden heute der Überweisung in den Fachausschuss zustimmen, dem Antrag insgesamt werden Sie dort aber nicht zustimmen. Das kennen wir von Ihnen – so, wie Sie alles in der Pflege abgelehnt haben. Wir können damit auch leben, aber niemand hindert Sie, trotzdem anzufangen und dort, wo Nordrhein-Westfalen zuständig ist, die eigenen Hausaufgaben zu machen. Das können Sie.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie dabei Unterstützung gegenüber dem Finanzminister brauchen, dann helfen wir Ihnen auch dabei sehr gerne. Darauf können Sie sich verlassen. Pflegende Angehörige brauchen unsere Unterstützung. Sie brauchen sehr viel mehr Beratung – konkret – für das, was notwendig ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das steht da nicht drin!)

Sie brauchen sehr viel mehr Hilfe. Pflegedienste, Pflegedienstleister und Pflegebetriebe müssen endlich wieder Ihre Aufmerksamkeit erhalten. Da sich in den letzten Monaten – das sage ich ganz deutlich – in der Sache hier in der nordrhein-westfälischen Regierung nichts Nennenswertes bewegt hat, halte ich es auch für notwendig, dass Pflegedienstleister und pflegende Angehörige den Schulterschluss schließen und miteinander gemeinsam darauf aufmerksam machen, wie die Lage ist.

Es ist wirklich eine schwere soziale Schieflage, die sich in unseren Familien abspielt, wenn Menschen pflegebedürftig werden. Das darf so nicht weitergehen. Nordrhein-Westfalen steht mit in der Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klute. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Oellers.

Britta Oellers (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klute, 27 Forderungen stehen in Ihrem Antrag. Die Rede, die Sie gerade gehalten haben, betraf den letzten Antrag, den Sie hier zu diesem Thema bereits gestellt hatten. Wir als Landesregierung und Koalition müssen nicht

anfangen, sondern wir sind schon lange dabei – bei diesem wichtigen Thema.

(Beifall von der CDU und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

In Bezug auf die Bundesebene hören wir regelmäßig den Vorwurf, dass die Union keine konstruktive Opposition sei. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen können wir mit Blick auf die SPD regelmäßig beobachten, was keine konstruktive Oppositionsarbeit ist.

Immer und immer wieder wird der gleiche Antrag in leicht umformulierter Fassung erneut gestellt. Die Punkte sind fast jedes Mal die gleichen – einmal mehr, einmal weniger ausformuliert.

Dieses Mal haben wir einen wilden Mix aus verschiedenen Themen erhalten, die teilweise gar nichts miteinander zu tun haben. Wie Sie das Taschengeld von Pflegeheimbewohnern mit Investitionen in Pflegegeschulen und dem GemeindegewaltfreiPlus-Projekt in einen Topf werfen, ist atemberaubend. Und gerade diese Punkte haben Sie in Ihrer Rede gar nicht erwähnt.

Ich bin gespannt, wie Sie sich eine vernünftige Beratung im Ausschuss vorstellen. Den einzelnen Themen werden Sie damit aber nicht gerecht. Eine vernünftige, zielgerichtete Unterstützung der Pflege ist das nicht.

Konsequent ignoriert werden dabei die Erfolge der Landesregierung. Stattdessen erfolgt erneut ein Abgang auf unser Gesundheits- und Pflegesystem.

(Rodion Bakum [SPD]: Sind Insolvenzen für Sie ein Erfolg?)

Anstatt die Pflege zu stärken, wird sie aus politischem Kalkül kaputtgeredet.

(Thorsten Klute [SPD]: Das ist so weit weg von der Wirklichkeit!)

Sie haben vorhin erwähnt, dass wir weniger Tagespflege haben, und Sie wissen – das ist Ihnen in den letzten Sitzungen mehrmals mitgeteilt worden –, dass die Anzahl der Tagespflegeeinrichtungen gestiegen ist. Das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. Das sind Zahlen, die hier vorliegen und die Ihnen zum wiederholten Mal auch belegt worden sind.

Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass junge Menschen länger überlegen, in die Pflegeberufe zu streben, wenn Sie ihnen regelmäßig Schreckensszenarien vorspielen.

Wenn man Ihren Anträgen folgt, hätte die Pflege in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren schon mehrmals untergehen müssen. Das ist erkennbar Gott sei Dank nicht geschehen.

Nach wie vor gilt: Die Landesregierung und die schwarz-grüne Zukunftscoalition stehen hinter den Beschäftigten und den Betroffenen, den zu Pflegenden und den pflegenden Angehörigen, und wir stärken sie.

(Rodion Bakum [SPD]: Stellen Sie sich einmal an ihre Seite!)

– Bitte?

(Rodion Bakum [SPD]: Machen Sie weiter!)

– Damit habe ich auch kein Problem. Sie brauchen auch nur zuzuhören.

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grund sage ich noch einmal: Herzlichen Dank für das starke Engagement aller Beteiligten in dem System.

Wir haben die Pflegeschulen gestärkt. Nach der Zusammenführung der Ausbildung – Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Kinderkrankenpflege zu einer neuen generalistischen Pflegeausbildung – zum 1. Januar 2020 wurden die Pflegeschulen mit rund 350 Millionen Euro mehr unterstützt. Das Geld konnte dazu genutzt werden, um in die zukunftsorientierten Fachkraftausbildungen zu investieren.

Außerdem konnten bestehende Gebäude modernisiert und bis zu 7.000 zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert werden. Zudem unterstützt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales seit dem Jahr 2021 mit dem Projekt „INTRO NW – Implementierung des Pflegeberufgesetzes in Nordrhein-Westfalen qualitativ hochwertig und zukunftssicher gestalten“ die 365 Pflegeschulen und die 3.079 Träger der praktischen Ausbildung sowie die Hochschulen bei der Umsetzung der neuen Pflegeausbildung.

Die Pflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren zu einer der attraktivsten Ausbildungen geworden, denn fast 10 % der Schülerinnen und Schüler gehen nach der Schule in die Pflege.

Das Gemeindegewerkschafts-Plus-Projekt haben wir auch schon besprochen, zuletzt am 3. Mai. Auch damals haben Sie eine Antwort von Minister Karl-Josef Laumann erhalten. Er hat Ihnen dort schon vorgezeichnet, dass es im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen in Nordrhein-Westfalen rund 200 Pflegekräfte hierfür bräuhete, und die Frage gestellt, woher diese denn kommen sollen. Eine Antwort hätten Sie konkret in Ihren erneuten Antrag aufnehmen können. – Chance vertan; ich habe dazu nichts gelesen.

Die 53 Kontaktbüros der Pflegeselbsthilfe werden von Ihnen leider auch nicht wertschätzend erwähnt. Es ist auch sehr einfach, Digitalisierung zu fordern. Das klingt immer gut und modern. Welche Prozesse konkret digitalisiert werden sollen, sparen Sie dabei aus.

Richtig ist, dass gerade der Pflegebereich massiv unter dem vorherrschenden Fachkräftemangel leidet.

(Rodion Bakum [SPD]: Gerade haben Sie etwas anderes behauptet!)

Nirgendwo prallen die Probleme einer immer älter werdenden Gesellschaft und eines dramatischen Personalmangels deutlicher aufeinander. Mit Ihrer Forderung nach einem neuen Rettungsschirm machen Sie es sich sehr einfach. Geld alleine kann nicht alle Probleme lösen.

(Rodion Bakum [SPD]: Sagt die Bankkauffrau!)

Es ist Ihnen anscheinend nicht bewusst: Wir brauchen Menschen in dem System, die die Arbeit machen. Es ist nicht nur im Pflegebereich so, sondern in vielen anderen Bereichen auch. Da brauchen Sie nicht mit dem großen Scheck zu wedeln. Wir brauchen die Menschen, die sich Tag für Tag für diese wichtige Arbeit engagieren.

(Beifall von der CDU und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Rodion Bakum [SPD]: Und die sollen umsonst arbeiten!)

An die von Ihnen angesprochene Demonstration am 19. Oktober kann ich mich noch sehr gut erinnern. Auch ich habe diese besucht und mich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgetauscht.

(Thorsten Klute [SPD]: Ich habe Sie gar nicht gesehen!)

So haben es auch meine Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen gemacht.

Wir hören zu und handeln. Daher werden wir unsere Arbeit gemeinsam mit der Landesregierung engagiert fortsetzen. Ich freue mich auf die Beratung der einzelnen Themen im Ausschuss und hoffe, dass die Beratungen der Vielzahl von durchaus wichtigen Themen doch noch gerecht werden können. Wir stimmen natürlich der Überweisung Ihres Antrags zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Oellers. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

(Rodion Bakum [SPD]: Jetzt wird's sachlich! – Thorsten Klute [SPD]: Das wird auch nicht besser!)

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion freut sich so sehr auf meinen Beitrag, dass Sie direkt mit unfairen Anschuldigungen meiner Person gegenüber in den Beitrag einsteigt; vielen Dank dafür auch.

(Thorsten Klute [SPD]: Ach komm! – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Zu sagen „Jetzt wird’s sachlich“, kann man nicht unbedingt als unfair betrachten!)

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass das, was im Antrag der SPD niedergelegt ist, in – ich habe es nachgezählt – sechs Drucksachen an anderer Stelle schon mal komplett diesem Landtag vorgelegen hat.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Es ist aber noch nicht umgesetzt worden!)

Es ist ein Sammelsurium von bekannten Hinweisen der SPD,

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nichts Neues!)

die nichts Neues bringen und auch die Pflege in Nordrhein-Westfalen nicht 1 cm nach vorne bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Allerdings schafft es die SPD erneut – im Antrag nicht zu lesen, jetzt aber in der Rede vom Kollegen Klute vorgetragen –, solche Punkte wie „die Pflege brennt lichterloh“ ... Sie haben sehr wohl auf die Demonstration hingewiesen, nämlich in der Einleitung Ihres Antrags, wobei man sich schon fragen muss, was die Demo bei allem Respekt vor den Leuten, die dort demonstriert haben, in der Sache mit den Pflegepunkten zu tun hat. Die anderen Punkte, die dort verhandelt worden sind, kann ich sehr gut verstehen.

Da Sie immer sagen, wir sollen nicht immer auf den Bund schielen und nicht aufs Land, muss ich zumindest einige Bemerkungen machen: Die Pflegeversicherung in Deutschland ist nun mal ganz allein Bundessache. Da habe ich auch eine ganz klare Position, möglicherweise sogar verschärft gegenüber der, die die SPD im Bund vorträgt: Ich halte die private Pflegeversicherung, so, wie sie in Deutschland besteht, für nicht in Ordnung. Es gibt sie auch nur deshalb, weil die Hälfte der privatversicherten Menschen im öffentlichen Dienst als Beamtinnen und Beamte tätig ist und sich das quasi nicht aussuchen kann.

(Thorsten Klute [SPD]: Da sind wir uns einig!)

Dieses Modell ist ein absolutes Auslaufmodell. Wir bräuchten eine Sozialversicherung – nicht nur Pflege, da ist es noch am einfachsten, das umzustrukturieren, sondern auch eine Krankenversicherung –, die solidarisch ist und insgesamt den Beschäftigten hilft.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

In der Pflege – das will ich an der Stelle auch noch mal sagen – ist es tatsächlich dramatisch, weil diejenigen, die über die Beihilfe und privat versichert sind, sich im Zweifel einen Pflegeheimplatz leisten

können. Alle anderen, die normal versichert sind und durchaus ein Leben lang gut eingezahlt haben, werden fast immer ... Jetzt ist es durch den Deckel etwas besser geworden, aber viele Jahre lang sind sie immer zumindest nach gewisser Zeit zu Taschengeldempfängerinnen und -empfängern geworden, was unwürdig ist; das ist völlig richtig.

Jetzt zu den Punkten, die in Ihrem Antrag stehen. Kollege Klute, mich ärgert schon, dass Sie sich so billig vom Acker machen. 18,5 Jahre haben hier in Nordrhein-Westfalen keine Sozialdemokratinnen oder Sozialdemokraten im Gesundheitsministerium gesessen. Sie wissen ganz genau, dass Koalitionen immer nur so funktionieren, dass beide Partner mitmachen müssen.

Aber auch das Bild von der Pflege und der Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen ist völlig verzerrt – da komme ich auf ein paar einzelne Punkte zurück – : Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege sind in keinem anderen Bundesland so sehr gestiegen wie in Nordrhein-Westfalen: von 10.000 fast verdoppelt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Allein in den letzten drei Jahren noch nach altem Recht – ich habe es mir extra herausgeschrieben – ist ihre Zahl in Nordrhein-Westfalen um 25 % angestiegen. Ausgerechnet das einzige Jahr, in dem es in Nordrhein-Westfalen ein bisschen heruntergeht, zitieren Sie dann, ohne das in den Kontext zu setzen. Nordrhein-Westfalen ist, obwohl wir das größte Flächenland sind, das stärkste Ausbildungsland in der Pflege überhaupt. Wir sind die Besten ever. Das finde ich schon eine absolut verzerrte Darstellung, wie Sie es hier machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie vergessen etwas völlig – das spricht auch ein bisschen für ein Bild, wie Pflege zu organisieren ist – : Sie sprechen davon, dass die Landesregierung ein Programm gegen Gewalt in der Pflege auflegen soll. Warum denn das? Warum denn nicht die Pflegekammer? Die ist fachlich zuständig und kann von unten heraus diese Konzepte entwickeln.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Natürlich vergessen Sie die immer, weil Sie die Pflegepersonen überhaupt nicht in Ihren Konzepten miteinbeziehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Widerspruch von der SPD)

In dem ganzen Kontext – Sie haben es in der Rede zumindest angedeutet – ist von häuslicher Pflege, die zu 80 % von Menschen ohne pflegerische Ausbildung, nämlich von Angehörigen, gemacht wird, fast nichts gesagt. Sie haben nichts zu Konzepten zur Gesundheitsregion gesagt. Sie haben nichts dazu gesagt, wie man präventiv vorgehen kann. Was ist mit verbindlicher Pflegeplanung? Was ist mit den

Kommunen? Der größte Akteur in der Pflege sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen –

(Thorsten Klute [SPD]: Das stimmt nicht!)

kein Wort in diesem Antrag, kein Wort in Ihren Reden dazu. Aus meiner Sicht ist es fachlich mindestens überschaubar, was Sie hier wieder abliefern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dann komme ich zu einem Kernpunkt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich haben provozieren lassen. Gestern gab es eine durchaus beeindruckende Pressemitteilung vom finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion. Dieser Antrag schreit ja wieder danach: 80 Millionen Euro mehr für den Pflegerettungsschirm. – Kollege Klute sprach gestern von Milliarden mehr für die Krankenhausfinanzierung, die ja aus unserem Haushalt kommen müssen.

(Thorsten Klute [SPD]: 2 Milliarden Euro!)

Gleichzeitig klagen Sie gegen den laufenden Haushalt 2023, in dem genau diese Mittel bereitgestellt werden. Dann kriege ich diese Pressemitteilung in die Hand. In der Pressemitteilung steht – ich übersetze das mal in meine Worte –: Die Notlage für Nordrhein-Westfalen besteht gar nicht. Die Lage hat sich zum Ende des Jahres deutlich verbessert. Deswegen gibt es gar keine Notlage in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig stellt der Bundesfinanzminister aber einen Nachtragshaushalt mit der Begründung auf, dass in Deutschland sehr wohl eine Notlage besteht, weil Nord Stream 2 kaputt ist und wegen ein paar anderer Punkte. Nordrhein-Westfalen steht wirtschaftlich mit Blick auf die Grundstoffindustrie aufgrund dieser Energieereignisse deutlich stärker unter Druck als der Bund. Wollen Sie mir allen Ernstes erklären, dass in Deutschland die Notlage besteht, aber in Nordrhein-Westfalen nicht? Ist das die Meinung der SPD von Nordrhein-Westfalen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie haben dann auch noch die Frechheit, zu sagen, wir wollten ja gar nicht die Hilfsprogramme, die wir in dem Programm abgebildet haben und die jetzt natürlich verausgabt sind, behindern. Deswegen haben Sie nicht den Sofortvollzug bei der Klage beantragt, sondern darauf gesetzt, dass sie erst nach Abschluss des Haushaltsjahres besetzt werden.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist wirklich dreist!)

Das ist doch so was von unseriös, was Sie da machen.

(Jochen Ott [SPD]: Eure Bank hat erklärt, es gibt keine Notlage! Lächerlich ist das!)

Es ist peinlich und einer Ersatzregierung, die im Wartestand ist, überhaupt nicht würdig, was Sie hier abliefern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das macht ...

(Jochen Ott [SPD]: Die NRW.BANK hat erklärt, es gibt keine! Das ist eure Bank! – Zurufe von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] und von Thorsten Klute [SPD])

– Ich habe bei der SPD offensichtlich einen Nerv getroffen.

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass – das ist die Politik der SPD.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die SPD-Fraktion ist nicht in der Lage, die Probleme Nordrhein-Westfalens auch nur ansatzweise zu lösen.

(Jochen Ott [SPD]: Peinlich!)

Das machen Sie immer wieder deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Peinliche Rede! – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Was mir inhaltlich zum Beispiel auch fehlt: Sie sprechen immer wieder von der Gemeindeschwester-Plus, ohne irgendetwas Neues dazu zu sagen. Sie haben das jetzt zum achten Mal aufgetischt. Wir hatten zwei Anhörungen dazu, bei denen jeweils herauskam, dass fast alle Expertinnen und Experten darauf hinweisen, dass das nicht das richtige Modell ist, wir eher auf Community Health Nurses setzen und die Primärversorgung stärken müssen und dass in Berlin auch ein Berufsbild abgebildet werden müsste. Das wäre im Übrigen eine gute Idee für Herrn Lauterbach. Die Grünenfraktion steht gerne helfend zur Seite, wenn es da fachliche Fragen gibt.

Kleiner Exkurs: Herr Lauterbach wollte für alle 80.000 Menschen einen Gesundheitskiosk machen. Dazu hätte er Tausende Community Health Nurses einsetzen müssen. Im Moment werden, wenn überhaupt, in ganz Deutschland 200 CHN ausgebildet – so viel zur fachlichen Hinterlegung dieser Konzepte seitens der SPD.

Natürlich werden wir der Überweisung zustimmen. Ich hatte mir vorgenommen – und habe das in weiten Teilen auch getan –, auf die inhaltlichen Punkte einzugehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines kann ich Ihnen nicht ersparen: Natürlich werden wir fachlich beraten, was Sie da machen. Fangen Sie aber doch mal an, ein Gesamtbild der Pflege abzubilden. Hören Sie auf, zu glauben, wenn man Dreck auf die Regierung schmeiße, werde es schon gut werden.

(Thorsten Klute [SPD]: Das ist nicht Dreck!)

Wir müssen in der Sache nach vorne kommen und politisch vernünftig zusammenarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Thorsten Klute [SPD]: Ihr negiert die Wirklichkeit!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine lebhaftige Plenardebatte lebt auch von Zwischenrufen. Das ist durchaus möglich. Ich bitte aber, die Zwischenrufe im Rahmen der Debatte so zu positionieren, dass die Debatte nicht gestört wird und der Redner die Möglichkeit hat, weiterzureden.

Herr Mostofizadeh, ich habe Ihren Blick in Richtung Präsidium sehr wohl gesehen. Ich denke, die Bemerkung, dass wir eine lebhaftige Debatte so führen sollten, dass es auch eine Debatte bleibt, sei mir erlaubt.

Als Nächstes spricht für die FDP-Fraktion die Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion serviert uns heute ein Düsseldorfer Allerlei: Einfach ein paar alte Initiativen aufwärmen, ein paar neue Ideen dazugeben, das mit Allgemeinplätzen verfeinern, kräftig durchmischen, und fertig ist ein neuer Antrag. Dann gibt man dem Ganzen mit „Rettungsprogramm Pflege“ noch einen bedeutungsschweren Titel, damit es auf der Karte, also auf unserer Tagesordnung, sofort auffällt – schließlich soll es der Öffentlichkeit ja auch munden. – Das kann man tun.

Die Vorredner von CDU und Grünen haben das kräftig kritisiert. Frau Oellers, auch von Ihnen habe ich aber außer wieder mal einem Verweis nach Berlin keine Lösungsansätze gehört. Bei Herrn Mostofizadeh war es genauso, aber der bringt als Lösung allen Übels wieder die Bürgerversicherung ins Spiel. Diese löst in der Pflege mit Sicherheit überhaupt keine Probleme.

Ich verspreche Ihnen eines: Solange ich für die FDP-Landtagsfraktion Gesundheitspolitik mache, werde ich alles dafür tun, unser duales System in Deutschland zu stärken und zu unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Kommen wir aber mal zum Thema „Pflege“. Die Lage ist ernst, die Herausforderungen sind groß. Bei dieser grundsätzlichen Einschätzung sind wir uns sicher weitgehend einig. Daher beschäftigen wir uns ja nicht zum ersten Mal mit diesem Thema. Es hat bereits einige parlamentarische Initiativen gegeben, die eigentlich ausdiskutiert schienen.

Daher fällt uns eine inhaltliche Bewertung des vorliegenden Antrags einigermaßen schwer. Einige

Aspekte haben wir durchaus unterstützt, andere hingegen abgelehnt.

Fangen wir mit den Einzelforderungen an. Da begegnet uns erneut das GemeindeschwesterPlus-Projekt. Auf der Tagesordnung stand es bereits 2021 und auch im Mai dieses Jahres. Mal davon abgesehen, dass die Begrifflichkeit „Gemeindeschwester“ ziemlich altbacken ist, stellt sich uns weiterhin die Frage, ob dieser Ansatz aus Rheinland-Pfalz einfach eins zu eins auf unser Bundesland übertragen werden kann.

Wir sehen die Gefahr, dass damit einfach nur Geld für zusätzliche Angebote ausgegeben wird, für die angesichts der vorhandenen Strukturen kaum Bedarf besteht. Nötig wäre aus unserer Sicht vielmehr eine Gesamtbetrachtung auf kommunaler bzw. regionaler Ebene zur Prävention, Gesundheitsförderung, Pflege und Gesundheitsversorgung. Dazu könnten auch präventive und aufsuchende Angebote mit einer Lotsenfunktion im Sinne von Community Health Nursing zählen. Damit wäre auch pflegenden Angehörigen besser geholfen als mit dem GemeindeschwesterPlus-Projekt.

Bei zwei anderen bekannten Punkten sehen auch wir dringenden Handlungsbedarf.

Die Ausbildungsbedingungen an den Pflegeschulen müssen dringend verbessert werden. Wenn die Ausstattung, die Räumlichkeiten und das Arbeitsumfeld nicht auf dem neuesten Stand sind, kann das viele Menschen von der Pflegeausbildung abschrecken. Bei der Investitionsförderung müssen daher sowohl die Gesamtsumme der Fördermittel als auch die jährlichen Pauschalen je Platz erhöht werden.

Der zweite Aspekt ist die Absicherung der Tagespflege. Obwohl die Tagespflege eine wichtige Ergänzung eines vielfältigen Pflegeangebots ist, sind viele Tagespflegeplätze in Gefahr. Die Auslastung hat sich nach der Coronapandemie noch immer nicht ganz erholt. Das schmälert die Wirtschaftlichkeit des Angebots. Dazu kommen die allgemeinen Preissteigerungen, die sich natürlich auch auf die Tagespflege auswirken.

Wir haben daher die SPD-Initiative, die Richtlinien zur Investitionskostenförderung abzuändern und die Mindestauslastung für die Tagespflege auf 70 % herabzusetzen, unterstützt.

Zwei aktuelle Trends sind im Bereich der Pflege besonders besorgniserregend. Die Gesamtzahl der Insolvenzen von Pflegeeinrichtungen, sowohl stationär als auch ambulant, lag von Januar bis September 2023 bei 103. Im gesamten Vorjahr waren es lediglich 25.

Zwar haben in der überwiegenden Zahl der Fälle die gemeldeten Überschuldungen nicht zu Schließungen der Leistungsangebote geführt – ein damit verbundener Wegfall von Plätzen in der stationären Pflege konnte oft vermieden werden, da Einrichtungen von

anderen Betreibern übernommen wurden und weitergeführt werden –, der Trend zeigt allerdings eine bedenkliche Entwicklung einer unzureichenden finanziellen Ausstattung von Pflegeeinrichtungen.

Das Land darf bei der Finanzierung der Pflege nicht immer wieder nur auf den Bund verweisen. Es ist vor allem bei den Investitionskosten auch selber gefordert. So müssen zum Beispiel die Kalkulationsgrundlagen in der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes, bekannt als kurz APG DVO, mindestens an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

Auch der Trend bei der Pflegeausbildung ist problematisch. Es gab zwar Zuwächse, aber im vergangenen Jahr sind nach einer Steigerung in den Vorjahren die Ausbildungszahlen in der Pflege deutlich zurückgegangen. Laut Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen etwas mehr als 14.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Das bedeutet einen Rückgang um 9 % und damit einen größeren Rückgang als bundesweit. Diese Zahlen liegen vor. Initiativen zur Steigerung der Ausbildungszahlen sind daher dringend erforderlich.

Bei dem vorliegenden Antrag fehlen uns leider viele Aspekte. Um den Trend bei der Pflegeausbildung umzukehren, brauchen wir unter anderem Angebote zur Teilzeitausbildung, eine Vereinfachung des Zugangs für Pflegeauszubildende aus dem Ausland und einen weiteren Ausbau der Assistenzausbildung. All diese Punkte werden im Antrag jedoch nicht angesprochen.

Der Abbau von bürokratischen Hürden wird im Antrag nur an einer Stelle angedeutet, dabei muss dem Bürokratieabbau eine besonders hohe Priorität eingeräumt werden. Die Pflegekräfte haben nicht zuletzt in der Coronapandemie bewiesen, dass sie mit hoher fachlicher Kompetenz und großem Verantwortungsbewusstsein die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherstellen. Mit einem Verzicht auf unnötige Bürokratie würde den in der Pflege tätigen Unternehmen und den Pflegekräften das Vertrauen entgegengebracht, welches für die Motivation, in der Pflege tätig zu bleiben, unabdingbar ist. Wir brauchen eine Taskforce bestehend aus der Wissenschaft, Verbänden, Pflegeunternehmen, Bund und Ländern, um Berichts- und Meldepflichten zu reduzieren.

Sie sehen: Hier gibt es noch viel zu tun; wir könnten sicherlich noch weitere Punkte besprechen. – Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss und danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In Feierreden heißt es häufig, die Pflege ein schöner Beruf. Die Frage ist aber doch: Ist das in der Realität wirklich noch so?

Auf dem Papier – so könnte man erst einmal sagen –: Ja. Seien wir ehrlich: Es gibt einen guten Lohn, und man nimmt – auch durch Zulagen und Zuschläge – gutes Geld mit nach Hause. Man hat einen sicheren Arbeitsplatz. Kritische Stimmen sagen, man könne die ganze Station alleine pflegen. Man ist auf jeden Fall unverzichtbar; so schnell wird man nicht gekündigt. Man arbeitet mit Menschen – auch das ist schön – in sehr engem Kontakt.

Es gibt sicherlich Inseln im Gesundheitssystem, wo das so ist. Es gibt gut geführte Stationen, gut geführte Krankenhäuser, gut geführte Pflegedienste, die es irgendwie schaffen, noch eine gute Qualität zu gewährleisten und auch zufriedene Mitarbeiter zu haben. Aber im Regelfall – seien wir alle ehrlich zueinander – ist das in der Praxis nicht mehr so.

Es gibt eine hohe Arbeitsverdichtung, viel zu viel Bürokratie und viele unbesetzte Stellen. Ich selbst habe es auf verschiedenen Stationen, nicht nur auf einer, erlebt, dass eigentlich keine Dienstplanbesprechung in der Pflege zustande gekommen ist, ohne dass geweint wurde. Und mit „geweint“ meine ich nicht die sinnverschobene Bedeutung von „geweint“ im Sinne von „sich angestellt“, sondern echte, salzige Tränen. Es sollte keinen Arbeitsplatz geben, an dem allein die Besprechung des Dienstplans dazu führt, dass Menschen in ihrer Verzweiflung in Tränen ausbrechen.

Allein im Bereich der stationären Pflege gibt es schon heute und nicht erst morgen so viele Probleme. Und morgen ist es so weit, dass wir in Zeiten der Krise durch den demografischen Wandel noch vor ganz andere Herausforderungen gestellt werden. In der Praxis befinden wir uns schon jetzt in einer Spirale, in der immer mehr Pflegekräfte den ursprünglich schönen Beruf verlassen, wodurch immer weniger auf den Stationen und in den Pflegediensten vorhanden sind.

Das, was den Beruf einmal ausgemacht hat und warum viele junge Idealisten ihn ergriffen haben, bleibt auf der Strecke: dass man sich dort Zeit nehmen konnte für Patienten; dass man miteinander das eine oder andere persönliche Gespräch führen konnte und in Zeiten von „nehmen, nehmen, nehmen“ auch etwas zurückgeben zu können.

Genau das ist oftmals das Problem: Ein junger Idealismus trifft auf eine Realität, in der das überhaupt nicht mehr gegeben ist. Das führt zu Menschen, die ausgebrannt und entmutigt sind und diesen schönen Beruf an den Nagel hängen. Im Schnitt verlässt eine professionelle Pflegekraft bereits nach sieben Jahren ihren Beruf. Und das beschreibt nur den Teilbereich der professionellen Pflege.

Der Großteil wird nach wie vor in den Familien gepflegt. Auch da ist es sehr hartes Brot, und auch dort geht es nicht ohne den Verlusten bei Mensch und Material. Das ist der Status quo. Wenn die Menschen in Zeiten, in denen Demenz immer mehr zulegt, Angehörige zu Hause pflegen, dann ist das eine Herausforderung. Für Leute, die nicht ausgebildet sind und nicht wissen, wie sie zum Beispiel mit demenziell veränderten Patienten umgehen müssen, kann das etwas sein, woran ganze Familien zerbrechen, woran sich Leute aufreiben, wodurch Menschen in den Burn-out getrieben werden.

Sie treffen auf eine Gesellschaft, in der es im Arbeitsleben ebenfalls große Arbeitsverdichtungen mit durchaus harten Wochenarbeitszeiten gibt und in der man bei den Kollegen nicht auf viel Verständnis hoffen kann, wenn man sich zu Hause noch um jemanden kümmert. Auch da heißt es dann schnell: Jemand kommt seinen Arbeitsverpflichtung nicht mehr nach.

Wenn man in dieser Gesellschaft etwas ändern möchte, dann wäre wahrscheinlich dort der Schlüssel, denn ein Großteil der Menschen wird zu Hause gepflegt. Diese Gesellschaft muss daran arbeiten, dass es demnächst auch wieder bzw. weiterhin möglich ist, dass ein Großteil der Menschen zu Hause vernünftig gepflegt werden kann – schon allein deshalb, um die riesigen Belastungen im stationären Bereich, die mit dem demografischen Wandel auf uns zukommen, irgendwie abzumildern.

Was wir dort brauchen, ist aber kein Pflaster und auch kein großer Antrag im Sinne eines Verbandswechsels, sondern wir bräuchten eigentlich eine umfassende Notoperation, um diesen Beruf noch in irgendeiner Art und Weise zu retten.

Es reicht nicht aus, nur mit dem Finger nach NRW zu zeigen; als wäre die Situation in Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen oder Thüringen in irgendeiner Art und Weise besser. Sie ist es graduell bzw. in manchen Teilbereichen, aber eben nicht, wenn man das Gesamtbild betrachtet. Der Grundaufschlag für eine tatsächliche große Revision des Pflegesystems muss aus dem BMG bzw. aus Berlin kommen. Genau da müsste der Anfang gemacht werden.

Genauso falsch ist es auf der anderen Seite, wenn CDU und Grüne sich heute hier hinstellen und sagen: Es läuft schon alles. – Das wird den Menschen in der Realität doch überhaupt nicht gerecht. Wenn man sagt: „Wir machen schon alles; es geht in eine richtige Richtung“, dann ist das nicht die Realität der vielen Pflegenden dort draußen, die mit ihren Problemen allein gelassen werden.

Es erforderte ein wenig Demut, zu sagen, dass die Herausforderung größer als die eigene Parteifarbe ist und dass man auch aus der Regierung heraus nicht alles richtig macht, auch wenn das ein üblicher Regierungsreflex ist. Aber ähnlich wie bei der

Debatte zuvor sind es die normalen Reflexe, dass man mit den Fingern aufeinander zeigt.

In diesen Tagen wird der sogenannte Deutschlandpakt viel zitiert. Das ist übrigens ein Wort, das ich selbst nie benutzt hätte, weil es offensichtlich ursprünglich NPD-Jargon war. Sie haben es jetzt wieder hoffähig gemacht, daher benutze ich es an dieser Stelle. Die Pflege wäre tatsächlich ein Problem, bei dem sich alle Parteifarben zusammenschließen müssten, um diese großen Herausforderungen der Zukunft noch in irgendeiner Art und Weise lösen zu können. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir schon längst vor riesigen Herausforderungen stehen, die eine einzige Regierungskoalition nicht mehr allein lösen kann.

Ich komme zum Schluss. Wir sind in Deutschland zu Recht stolz auf unser Gesundheitssystem. Wir sind auch zu Recht stolz auf eine gute Pflege. Vieles läuft hier immer noch viel besser als in vielen anderen Staaten, besser als in vielen Industriestaaten. Es wird aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten darum gehen, ob wir dieses schöne System überhaupt noch erhalten können. Es wird darum gehen, ob wir es gemeinsam schaffen, diese Schritte einzuleiten, uns unter den verschiedenen Parteifarben nicht in einem Klein-Klein zu verlieren und nicht mit dem Finger aufeinander zu zeigen, um dieses System zu retten.

Immer wenn wir über das Gesundheitssystem und über Pflege sprechen, sprechen wir über viele Menschen, die mit hohem persönlichen Einsatz einbringen und dabei teilweise noch persönlich bedroht werden und körperliche Verletzungen in Kauf nehmen, weil sie diesem wunderschönen Beruf nachgehen wollen. Wir sind diesen Leuten verpflichtet, sodass sie das auch noch demnächst in Würde und auch in Würde gegenüber den zu Pflegenden weitermachen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter Dr. Vincenz. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine allgemeine Bewertung des vorliegenden Antrages ist von vielen Vorrednern schon vorgenommen worden. Eigentlich enthält er nicht viel Neues. Er ist zusammengeschrieben aus vielen Anfragen und Anträgen, die uns alle schon beschäftigt haben. Trotzdem ist es eine gute Gelegenheit, einmal aus Sicht des zuständigen Ministers zu der Problematik und zu den Herausforderungen in diesem Bereich etwas Grundsätzliches zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wenn man eine Debatte über einen Antrag initiiert und sagt, in der Pflege brenne es lichterloh, dann sollte man sich ein bisschen überlegen, was das bei den 1,2 Millionen Menschen und ihren Familien auslöst, die sich jeden Tag kümmern müssen, die jeden Tag zusehen müssen, dass ein Pflegebedürftiger versorgt wird, und die in aller Regel wissen, dass es auch ein ergänzendes System etwa in der häuslichen Pflege gibt, auf das sie sich verlassen können. Immerhin sind 86 % dieser 1,2 Millionen Menschen zu Hause und werden teilweise mithilfe eines Pflegedienstes versorgt, teilweise auch nur durch die Familien.

Dann sagen Sie: Herr Laumann, legen Sie doch einen Schutzschirm über 80 Millionen Euro auf. – Wohin die Schutzschirme in Berlin geführt haben, das sehen wir jetzt jeden Tag.

(Beifall von der CDU – Hendrik Schmitz [CDU]: Ja! – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Ich kann Ihnen nur sagen: Man kann nicht – auch nicht bei einem Schutzschirm – das Geld mit der Gießkanne ausgeben.

Nur mal zur Versachlichung: Wir haben in Nordrhein-Westfalen natürlich Insolvenzen, aber die Insolvenzen bei den Pflegeunternehmen bewegten sich im letzten Jahr bei einer Größenordnung von 1,4 %. Die allermeisten davon sind anschließend von anderen übernommen und weitergeführt worden. Und dazu fordern Sie mal eben 80 Millionen Euro für einen Schutzschild. Also, da wüsste ich bessere Möglichkeiten, um das Geld in der Pflege auszugeben.

Das ist genau der Fehler, den die Ampel in Berlin gemacht hat: Hier einen Schutzschirm, da einen Schutzschirm, allerdings für zu viele Leute, die es nicht brauchen. Man muss sich – auch in der Pflege – auf die konzentrieren, die es brauchen.

(Beifall von der CDU)

Zu dem Vorwurf, Nordrhein-Westfalen tue nichts im Sinne von Investitionen: Wir sind, gemeinsam mit Schleswig-Holstein, das einzige Bundesland, das noch etwas tut. 700 Millionen Euro an Staatsgeldern gehen jedes Jahr in die Investitionsförderung rund um die Pflege: 500 Millionen Euro für die stationäre Pflege, 100 Millionen Euro für die ambulante Pflege, 50 Millionen Euro für die Kurzzeitpflege, 50 Millionen Euro für die teilstationäre Pflege. Das macht kein Land, das wird aber in Ihrem Antrag einfach verschwiegen. Das gibt es bei Ihnen gar nicht. Es gibt in Deutschland nur noch ganze zwei Bundesländer von 16, die überhaupt noch mit Steuergeld die Pflegeinfrastruktur finanzieren.

In Bezug auf die Kurzzeitpflege vergessen Sie, in den Antrag hineinzuschreiben, dass die Kurzzeitpflege 100 % ihrer Investitionen über 25 Jahre refinanziert bekommt. Warum steht das nicht in Ihrem Antrag?

Dann schreiben Sie: Die Kurzzeitpflege muss 80 % Belegung haben.

(Thorsten Klute [SPD]: Tagespflege!)

– Entschuldigung, die Tagespflege muss 80 % Belegung haben. Ich kann Sie nur fragen: Warum schreiben Sie in Ihren Antrag nicht rein, dass wir heute ein Drittel mehr Tagespflegeangebote haben als vor Corona? Soll ich jetzt leere Betten fördern? Damit tue ich mich sehr schwer. Natürlich kann man zu dieser Idee kommen, aber dann gehört zu einem solchen Antrag die Information dazu, dass wir eben ein Drittel mehr an Tagespflegeplätzen haben als vor Corona und dass es vielleicht auch deswegen schwieriger ist, die Auslastung hinzubekommen.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen: Dass die entstanden sind, zeigt ja, dass die Finanzierung in dem Bereich so schlecht nicht sein kann.

(Thorsten Klute [SPD]: Wir haben viel mehr Pflegebedürftige!)

– Entschuldigung. – Wir haben in diesem Land mal ein Jahr lang sehr hohe Zahlen von 17.500 Menschen in der Pflegeausbildung gehabt. Das ist jetzt wieder gesunken. Aber wenn wir es mal über einen längeren Schnitt betrachten – ich glaube, dass keiner hier den Bericht über die Weiterentwicklung der Gesundheitsberufe von Professor Isfort nicht zur Grundlage seiner Argumentation macht –, zeigt sich, dass wir immer zwischen 15.000 und 17.000 Leute haben, die eine Pflegeausbildung anfangen. Angesichts der Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen nur noch 170.000 bis 180.000 Schulabgänger pro Jahr hat, ist es eine Riesensache, dass von den jungen Leute 10 % in die Pflege gehen.

(Beifall von der CDU und von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja, ganz genau!)

Wir hatten gestern Abend den Empfang der IHK. Zum Beispiel haben die Handwerkskammern alle zusammen 30.000 Ausbildungsverträge, und wir haben in der Pflege alleine dieses Jahr 16.300 oder 16.400. Das sind tolle junge Leute in Nordrhein-Westfalen, die nach der Regelschule in die Pflegeausbildung gehen – tolle junge Leute!

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Jetzt zu den Pflegeschulen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen zurzeit 320 Pflegeschulen, die konkret arbeiten. Im Übrigen kenne ich keine einzige Insolvenz einer Pflegeschule.

(Thorsten Klute [SPD]: Nein, aber Schließungen!)

Das sind so viele Pflegeschulen, wie wir sie noch nie zuvor in Nordrhein-Westfalen hatten. Sie haben

vergessen, zu sagen – auch in Ihrem Antrag –, dass wir in den letzten Jahren 350 Millionen Euro für die Modernisierung genau dieser 320 Pflegeschulen zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall von der CDU – Thorsten Klute [SPD]:
Als Einmalleistung!)

Ich treffe ja Sie und Ihre Kollegen in den Wahlkreisen und in den Regionen persönlich vor Ort. Wir haben doch fast jede Woche ein bis zwei feierliche Eröffnungen nach Renovierungen oder Modernisierungen von Pflegeschulen, wo die sozialdemokratischen Abgeordnete, wenn es da in der Region überhaupt noch einen gibt, auch dabei sind.

(Beifall von der CDU)

Auch das fehlt mir in Ihren Antrag. Warum schreiben wir nicht mal etwas über das Gute?

Natürlich gibt es Herausforderungen. Die sind auch nicht einfach zu bewältigen. Die allergrößte Herausforderung ist die Personalfrage. Hierbei setzt mein Ministerium zusammen mit der Arbeitsmarkt-Abteilung einen ganz klaren Schwerpunkt: Wir werden in diesem Land eine Zuwanderung von Pflegekräften für diesen Bereich brauchen. Dabei geht es auch um die Berufsanerkennung; das ist alles noch nicht so, wie es sein muss. Vor allem steigt zurzeit die Anzahl der Anträge viel schneller, als Personal nachgeliefert werden kann.

(Thorsten Klute [SPD]: Das ist so!)

Wir haben sehr große Anstrengungen unternommen, um noch mehr Stellen nach Münster zu geben. Allerdings müssen wir auch darüber reden, wie wir es einfacher machen können, soweit das im Landesrecht überhaupt möglich ist.

Die wichtigste Frage ist jedenfalls die Personalfrage, und kein Land in Deutschland tut so viel wie wir dafür, dass die Pflegebedürftigen in allen Regionen unseres Landes eine hausärztliche Versorgung haben. Auch darüber schreiben Sie in Ihrem Antrag nichts.

Pflege in den Regionen, in den Dörfern und in Stadtteilen geht nicht ohne eine hausärztliche Versorgung. Wenn die hausärztliche Versorgung flächendeckend wegbricht, dann bricht auch die familiäre Pflege und die Pflege in den Altenheimen in den Regionen zusammen.

Wir machen das Landarztprogramm. Wir schaffen mehr Ausbildungsplätze für Mediziner.

(Beifall von der CDU)

Warum steht im Antrag nichts darüber, dass wir bei dieser existenziellen Frage in Nordrhein-Westfalen Maßstäbe für ganz Deutschland setzen?

(Beifall von der CDU – Thorsten Klute [SPD]:
Sie weichen aus!)

Ich möchte aber auch zu Punkten kommen, die mir nicht gefallen und bei denen ich nur appellieren kann. Es ist ja etwas dran – schauen wir erst einmal auf die stationäre Pflege –, dass manche Sozialämter ziemlich lange brauchen, bevor sie das erste Geld überweisen.

(Thorsten Klute [SPD]: Ja!)

Das kommt hier und da auch bei den Pflegekassen vor.

Bei den großen Kassen haben wir die Aufsicht im Wesentlichen bei den beiden AOKs. Die vdek-Krankenkassen fallen alle unter die Bundesaufsicht. Da kann ich mit meiner Aufsicht nichts machen, aber wir reden mit ihnen. Man muss auch ganz klar sagen, dass die Sozialämter aufgrund vieler Probleme, die wir in diesem Land haben, überlastet sind. Das verstehe ich alles. Aber sie führen zum Beispiel Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund.

Ich finde, dass man auch einmal in den Kommunalparlamenten ansprechen kann: Priorisiert doch mal so, dass wenigstens die Rechnungen für Leistungen, die die Pflegeheime für Leute erbringen, die über die Sozialhilfe gepflegt werden, schnell bezahlt werden. Das kann ich von hier aus aber nicht anordnen. Ich kann nicht in eine Gemeinde hineinregieren.

Dann haben wir ein weiteres Problem. Die Pflegeverbände, die sich bei der Frage, dass alle jetzt einen Tarifvertrag haben müssen, entschieden haben, auf den Weg der ortsüblichen Vergleichsentgelte zu gehen, haben teilweise ein Riesenproblem, bei den Pflegekassen ihre Leistungen anerkannt zu bekommen.

(Thorsten Klute [SPD]: Monatelang!)

Es ist nicht in Ordnung, dass das nicht läuft.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Wir haben hier gemeinsam vor ein, zwei Jahren das Gesetz auf den Weg gebracht, in dem die Schiedsstellen geregelt sind. Wir haben gesagt, dass sie in sechs Monaten entscheiden sollen. Natürlich ist es wahr, dass sie dafür teilweise viel länger brauchen. Deswegen sage ich an dieser Stelle: Ich bin gerne bereit, das Gesetz so zu ändern – es handelt sich um Landesrecht –, dass die Schiedsstellen in sechs Wochen entscheiden müssen. Wenn „sollen“ nicht reicht, dann schreiben wir „müssen“ in das Gesetz. Dann kriegen wir in dieser Sache mal etwas Zoff in die Bude.

Denn ich sehe nicht ein, dass die Pflegedienste auf den Kosten sitzen bleiben oder in Insolvenz gehen, weil sie keine Bescheinigung darüber haben, wie sie abrechnen können.

(Beifall von der CDU, der SPD und den
GRÜNEN – Rodion Bakum [SPD]: Na endlich

werden Sie wach! – Thorsten Klute [SPD]:
Dann ist der Antrag gar nicht so schlecht!

Wenn den Pflegediensten das Geld fehlt und sie das überbrücken müssen – sie müssen nach den Tarifverträgen bezahlen –, ist das nicht einfach. Das verstehe ich. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen, dass auf der anderen Seite auch Pflegekassen sitzen, die ebenfalls einen Sozialauftrag in diesem Land haben.

(Thorsten Klute [SPD]: Es gibt nur eine Pflegekasse!)

Ich habe über die Pflegekassen nicht viel zu sagen. Pflegekassen haben eine Selbstverwaltung, und in den allermeisten Fällen haben wir diese Selbstverwaltung vor wenigen Wochen bei den Sozialwahlen gewählt. Wo ist eigentlich die Verantwortung derjenigen, die die Pflegekassen kontrollieren müssen, weil sie in deren Selbstverwaltungsgremien sitzen, wenn sich Pflegekassen so gegenüber den Pflegediensten verhalten, wie sie es teilweise tun? Das muss man auch mal in aller Deutlichkeit sagen.

Wir haben kein staatliches Gesundheitssystem, und wir haben aus guten Gründen ein selbstverwaltendes Gesundheitssystem. Da gibt es auch bei den Sozialträgern selbst eine Verantwortung, es so zu machen, dass es anständig ist. Es entspricht der Ehre eines guten Kaufmannes, die Rechnungen zu bezahlen, die man bezahlen muss.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Rodion Bakum [SPD]: Achten Sie auf den Blutdruck!)

Sie sehen, dass wir in vielen Bereichen dran sind. Die Bereiche in der Pflege, die wir landesrechtlich regeln können, sind aber sehr schmal.

(Thorsten Klute [SPD]: Dann war der Antrag gar nicht so schlecht!)

Wenn hier gesagt wird, wir sollten eine Investitionsförderung machen, sage ich noch einmal, dass wir eines der wenigen Länder sind, die das machen. Bei der Personalfrage und bei der Berufsanerkennung sind wir zuständig. Da sind wir auch richtig dran, große Zahlen hinzubekommen. Die hausärztliche Versorgung ist viel Landespolitik. In diesen Fragen sind wir gut aufgestellt.

Wenn Sie in Ihrem Bericht aber einfach sagen, die Landesregierung und die Pflegeabteilung im MAGS würden nichts tun, dann können Sie das so sagen, es entspricht aber einfach nicht der Wahrheit. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Genau!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Laumann, ich glaube, wir können jetzt alle wieder ein wenig herunterkommen. Es freut mich aber sehr, dass dieser Antrag offensichtlich zumindest bei Ihnen – wenngleich vielleicht auch nicht bei der Kollegin von der CDU – dazu geführt hat, wieder deutlich zu machen: Die Pflege hat ein Problem, und die Politik muss sich diesem Problem widmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Leider versuchen Sie in den letzten anderthalb Jahren vermehrt, zu sagen: Die SPD skandalisiert. Die SPD ruft Probleme hervor, die es so eigentlich gar nicht so gibt.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie haben das gerade eben gemacht, indem Sie gesagt haben: Ihr dürft nicht davon reden, dass die Pflege lichterloh brennt. Was sollen dann die Menschen denken, die beispielsweise pflegebedürftige Eltern zu Hause haben?

Zum einen: Die Menschen brauchen uns nicht dafür. Sie lesen wahrscheinlich – auch wenn mich das sehr traurig stimmt – nicht einmal unseren Antrag, sondern sie merken jeden Tag, welche riesengroßen Probleme es in der Pflege gibt.

(Beifall von der SPD)

Es ist auch falsch, zu glauben, dass wir diejenigen sind, die das laut aussprechen, und alle anderen wesentlichen Akteure in der Pflege schweigen würden. Vielmehr wurde die Aussage „Die Pflege brennt lichterloh“ in den letzten Monaten beispielsweise vom VdK und dem Marburger Bund getroffen wurde. Und die Ärztekammer hat nicht gesagt, die Pflege brenne lichterloh, sondern sie hat gesagt: Im Krankenhaus brennt es lichterloh. – So zu tun, als würden wir uns das ausdenken, um hier irgendwelche Scheinprobleme zu erzeugen, ist einfach verlogen.

(Beifall von der SPD)

Trotzdem kann man angesichts des ersten Zugeständnisses, das Sie gerade gemacht haben, sagen, dass dieser Antrag schon etwas gebracht hat und erfolgreich war – und das noch bevor wir überhaupt der Überweisung gemeinsam zugestimmt haben.

(Zustimmung von Thorsten Klute [SPD])

Sie haben sich gerade gewünscht, dass wir als SPD-Landtagsfraktion, als größte Oppositionsfraktion, in dem Antrag ein bisschen mehr darüber schreiben würden, was das Land schon Richtiges tut. Ganz ehrlich: Die Jubelanträge müssten doch aus Ihren regierungstragenden Fraktionen kommen. Wenn wir es in unseren Reden unterbringen müssten, müsste Ihr Ministerium uns die Reden schreiben; sonst wird es schwierig.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Es ist aber übrigens auch richtig, dass in diesem Antrag Dinge aufgeführt sind und Themen gesetzt werden, die schon benannt wurden und über die wir schon gesprochen haben – aber doch nicht, weil sie in letzter Zeit falsch geworden sind, sondern weil es immer drängender und wichtiger wird, dass wir uns ihnen widmen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben insbesondere von Ihren Vorrednern eine Mischung aus „Wir machen ja schon ganz viel“ und „Die in Berlin müssten mal“ gehört. So richtig konkret ist da keiner geworden. Übrigens: Die Pflegebeauftragte der Bundesregierung hat diese Woche einen Zwölfpunkteplan vorgelegt,

(Zustimmung von Thorsten Klute [SPD])

um zu sagen, wo etwas passieren muss und wo etwas getan wird.

(Zuruf von der CDU)

Es wäre total nett, wenn wir uns hier in Nordrhein-Westfalen, in diesem Parlament, auch wieder damit beschäftigen würden, was wir tun.

(Beifall von der SPD)

Dann ergab sich eine gewisse Problematik, weil einige gesagt haben, die SPD rede alles schlecht. Sie haben das ja auch gesagt. Außerdem hieß es: „Es ist total schwierig in der Pflege; es kommt niemand mehr, weil die SPD so schlecht über die Pflege redet“, um dann im nächsten Teil zu sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind spitze, und eigentlich ist alles super!

(Thorsten Klute [SPD]: Die Besten, immer!)

Sie müssen sich schon ein bisschen überlegen, was die Strategie sein soll.

(Beifall von der SPD)

Zum Schluss noch zum Hinweis des Kollegen Mostofizadeh in Richtung „Whataboutism“. Das ist ein Zeichen dafür, dass Sie durchaus ein schlechtes Gewissen dafür haben,

(Thorsten Klute [SPD]: Ha! Ha!)

dass Sie in der Pflege nicht ernsthaft tätig werden, kein Geld in die Hand nehmen und die Demonstrantinnen und Demonstranten übersehen und überhören wollen.

(Zuruf von der CDU: Das ist eine Unterstellung! – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Es ist doch absolut ein Zeichen dafür, denn sonst, kann ich nur sagen, wäre es Dreistigkeit. Denn bei unseren Haushaltsberatungen ist sehr deutlich geworden, dass wir nicht den Haushaltsvollzug, sondern die Beschneidung von Oppositionsrechten und das Aufstellungsverfahren beklagt haben.

(Beifall von Thorsten Klute [SPD])

Wenn ich jetzt von den Grünen höre, die Opposition dürfe nicht mehr ihre Oppositionsrechte wahrnehmen, dann wird es doch wirklich schizophren in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Zum Ende hin werde ich etwas versöhnlich. Wenn die stetige Aussage ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, wenn ich Sie an der Stelle kurz unterbrechen darf: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von dem Kollegen Mostofizadeh. Lassen Sie diese zu?

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Ja, klar.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Kollegin, vielen Dank. – Habe ich die Klage falsch gelesen? Dort steht nicht drin, dass Sie bestreiten, dass es eine Notlage für Nordrhein-Westfalen gibt? Der Satz ist also versehentlich in den Text reingerutscht?

(Thorsten Klute [SPD]: Ah!)

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Sie haben nicht verstanden ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Ja, Sie dürfen jetzt antworten. Bitte schön.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Entschuldigung, Herr Präsident!

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Alles gut.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Sie haben offensichtlich nicht den Kern verstanden. Denn der Kern war, zu sagen: Wir als Opposition möchten beteiligt werden. Wir müssen ein vernünftiges Aufstellungsverfahren haben, weil wir es dann erst vernünftig beurteilen können. Das ist es, was wir kritisiert und beklagt haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ich komme dann doch noch mal zu dem versöhnlichen Teil. Sie sagen immer wieder, Sie hätten kein Geld, Sie würden ja gerne. Lassen Sie uns doch zusammenkommen und über das sprechen, was in der Pflege auch ohne Geld möglich ist. Den ersten

Ansatz dazu hat Minister Laumann gerade schon gemacht. Lassen Sie uns da gerne gemeinsam weitermachen.

Wir kommen jetzt ja zur Überweisung und weiteren Beratungen. Lassen Sie uns schauen, was man Besseres aus diesem Antrag machen kann. Wir stehen bereit. Unsere Türen sind offen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, es wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass eine Kurzintervention angemeldet worden ist. Sie können sie vom Pult oder auch vom Platz aus beantworten. Die Kurzintervention ist angemeldet vom Kollegen Mostofizadeh, der dafür 90 Sekunden Zeit hat. Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Kollegin, ich möchte Folgendes feststellen: In der Klageschrift von SPD und FDP steht in der Argumentationslinie, dass eine Notlage für den nordrhein-westfälischen Haushalt 2023 nicht gesehen wird

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

und dass im Ergebnis alle zu tätigen Ausgaben aus dem Kernhaushalt zu tätigen sind. Alles andere, was Sie hier darstellen, sind aus meiner Sicht Ausflüchte und Falschdarstellungen. Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Vielleicht könnten Sie mir Auskunft darüber geben ...

(Marc Lürbke [FDP]: Wo ist die Frage? – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

– Ich muss keine Frage stellen, Herr Kollege. Seien Sie einfach still.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das ist aber nicht nett im Umgang!)

In dem Zusammenhang möchte ich die Frage an Sie stellen, Frau Kollegin Kapteinat, ob Sie darstellen können, wie sich in den deutschen Bundesländern die Entwicklung der Zahlen in der Pflegeausbildung darstellt, auch gerade im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen.

(Thorsten Klute [SPD]: Ja, das kann ich!)

Sie haben ja einen schweren Vorwurf in dem Antrag formuliert.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Frau Kollegin.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Selbstverständlich können wir das. Es wird jetzt aber in den verbleibenden 90 Sekunden knapp. Denn wir sehen im Hinblick auf das, was kommt – das ist, glaube ich, unbestritten –:

Wir brauchen mehr. Selbst wenn wir jetzt sagen, dass Nordrhein-Westfalen auf lange Sicht gar nicht so schlecht dasteht, sagen doch die Zitate, die wir zur Situation in der Pflege, zum kommenden Fachkräftemangel gebracht haben, etwas anderes aus. Minister Laumann hat doch selbst eingestanden, dass es beispielsweise problematisch ist und viel zu lange dauert, was die Anerkennungen und Ähnliches angeht.

Das heißt: Wir sind in der Verantwortung, zu schauen, wie wir die Situation verbessern können. Ich finde es verheerend, zu sagen, woanders sei es vielleicht noch schlimmer. Das kann doch nicht unser Ansatz sein. Unser Ansatz muss doch immer sein, besser zu werden.

(Zuruf von Britta Oellers [CDU])

Wir wissen, dass wir mehr Pflegepersonal brauchen, also müssen wir entsprechend daran arbeiten und agieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Es gibt eine weitere Wortmeldung seitens der SPD-Fraktion durch den Kollegen Klute. Er hat dafür 11 Sekunden Zeit.

Thorsten Klute (SPD): Lieber Kollege Mostofizadeh, im Jahr 2022 war bundesweit ein Rückgang um 7 % bei den neuen Auszubildenden zur Pflegefachkraft zu verzeichnen; in Nordrhein-Westfalen gab es einen überdurchschnittlich Rückgang um 9 %. Hier geht es weiter zurück als anderswo.

(Zuruf von der CDU)

Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Das waren stolze 12 Sekunden, Herr Kollege.

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/6850 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu: